



## Themen in dieser Ausgabe:

- Die Angst der Demokraten vor der Demokratie
- Fidel Castro empfahl die Beibehaltung der Monarchie
- Premierministerin von Barbados möchte Republik
- Emir von Kuwait gestorben

Jahr 15, Ausgabe 14

11.10.20

Bezieher: 600

### Die Angst der Demokraten vor der Demokratie

In Folge der kürzlichen Großdemonstrationen in Berlin, bei denen eine vergleichsweise kleine Gruppe an Nazis, Reichsbürger, sonstigen Rechtsextremen und Verschwörungstheoretikern, die Stufen zum Reichstagsgebäude erklimmen hatte, war der mediale Aufschrei groß gewesen und schnell kam die Frage hoch, was müssen wir tun um die Demokratie zu schützen?

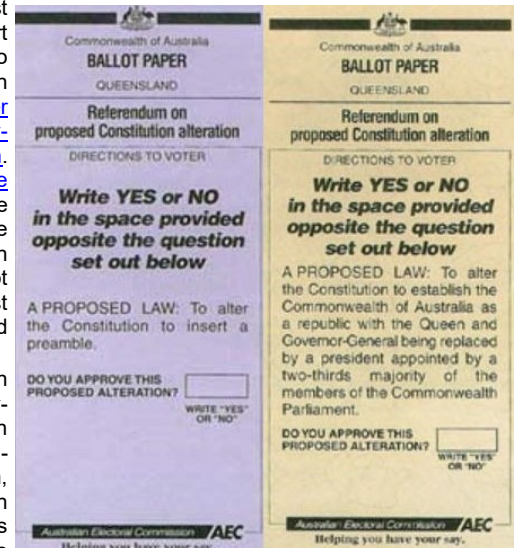
Doch kann man die Demokratie überhaupt schützen? Nein, zumindest nicht durch Verbote und Verordnungen. Dies lehrt uns die Geschichte. Und überhaupt zeigt sich in solchen Maßnahmen oftmals eine krude Sicht der selbsternannten Verteidiger der Demokratie auf die Demokratie selber. Ein zentraler Grundgedanke der Demokratie und einer freien, demokratischen Gesellschaft ist, daß die Bürger frei sind, ihre Meinung zu äußern, egal ob es nun der Obrigkeit paßt oder nicht, und dazu gehört auch, daß sie das Recht haben, die Demokratie abzulehnen. Jede Form der Einschränkung der Demokratie stellt sich gegen einen zentralen demokratischen Grundgedanken und drückt die Angst vor der Demokratie selber aus. Im Grunde klingt es geradezu widersprüchlich, wenn man zum Schutz der Demokratie, demokratische Rechte einschränkt. Man kann dabei auch gut von der Angst der Demokraten vor der Demokratie sprechen.

Interessanterweise sind gerade Republikaner Vorreiter solcher [Verordnungen zum Schutz der Demokratie oder besser gesagt der Republik](#) – was für diese Leute damit gleichzusetzen ist und für sie ist nur die Republik eine Demokratie... - obwohl sie doch gerne betonen wie viel liberaler eine Republik gegenüber einer Monarchie sei.

Und um diesem Ausdruck zu verleihen, will man möglichst verhindern, daß sich die Gegner der Republik zu Wort melden, alles zum Schutze der Demokratie wie es dann so schön heißt. Im Gegensatz dazu sucht man in den liberalen Monarchien der Gegenwart [Verordnungen zum Schutz der Monarchie meist vergeblich und auch wird dort nicht versucht, republikanische Meinungsäußerung zu unterdrücken](#). Ein gutes Beispiel dafür ist sicherlich [Australien wo es eine lange und lebhaftige Diskussion gibt](#), ob das Land eine Monarchie bleiben soll oder nicht, wobei die Diskussionslinie quer durch die Gesellschaft und die politischen Parteien verläuft. Beide Seiten können sich frei äußern und es gibt keine Versuche der staatlichen Bevormundung. Australien ist eine Demokratie und man überläßt es den Bürgern, frei und demokratisch zu entscheiden.

Doch ist eine Sorge vor einem Ende der Demokratie in Deutschland überhaupt begründet? Ich sage nein, die Mehrheit der Bürger steht hinter der Demokratie. Und sollte sich dies irgendwann einmal ändern, dann liegt es nicht an fehlenden Gesetzen zum Schutz der Demokratie, sondern daran, daß die Menschen das Vertrauen in die Demokratie verloren haben und für eine Veränderung sind. Was dann übrigens auch eine demokratische Entscheidung wäre, die es als überzeugter Demokrat doch eigentlich zu herzigen gelte. Die Aufgabe von Demokraten muß es sein, das Vertrauen in die Demokratie, durch gute Politik und den gleichzeitigen Erhalt freiheitlich-demokratischer Rechte zu stärken. Nur dadurch sichert er ihr Überleben, mit allem anderen geht sie langfristig unter. Eine Tatsache, die bis heute insbesondere die Vertreter der Republik scheinbar nicht verstanden haben. C.C.

Den zweiten und letzten Teil finden Sie in der nächsten Corona-Ausgabe.



Als die Australier 1999 über ihre Staatsform abstimmten, wurde ihnen eine klare Frage gestellt, die sie mit ja oder nein beantworten sollten. 54,87% sagten nein zur Republik. Als schlechte Verlierer beklagen Republikaner bis heute, die Frage sein manipuliert, weil keine simple Alternative à la „Wollen Sie eine Republik? Ja oder Nein?“ aufgezeigt wurde.

### Fidel Castro empfahl die Beibehaltung der Monarchie

Nach der Ankündigung der Premierministerin von Barbados, dem Inselstaat eine Republik zu oktroyieren (vgl. Seite 2) diskutiert die Karibik den Schritt. *Sir Reginald Sanders* ist Botschafter von Antigua und Barbuda in den USA und schilderte im [Jamaican Observer](#) eine Begegnung mit Kubas Diktator *Fidel Castro*.

1994 begleite *Sir Reginald* den neugewählten Premierminister *Lester Bird* zu *Castro* nach Kuba, dem er eröffnete, er wolle Antigua und Barbuda zur Republik machen. „Warum?“, wollte der Revolutionär wissen.

„Mischt sich die Königin in die Regierungsgeschäfte ein?“ „Nein“, lautete die Antwort. Die Rolle der Monarchin beschränke sich auf zeremonielle Aufgaben, die von ihrem lokalen Repräsentanten, dem Generalgouverneur, ausgeübt würden. „In diesem Fall“, so *Fidel Castro*, „solltet Ihr überlegen so zu bleiben, wie Ihr seid. Die Königin redet nicht in die Regierungsgeschäfte rein. Sie bietet ausländischen Investoren und anderen Vertrauen in den verfassungsgemäßen Aufbau des Staates.“ Premierminister *Bird* folgte dem Rat

seines revolutionären Nachbarn und beendet die Amtszeit mit einem „Sir“ vor seinem Namen. In Barbados wurde schon 2003 von der herrschenden Partei eine Republik vorgeschlagen, erneut 2015, doch die Öffentlichkeit reagierte immer ablehnend, was den Ausgang eines Referendums für die Republikaner zumindest ungewiß aussehen ließ. Besser also dieses Mal gar nicht erst das Volk fragen. Würden sie doch besser mal auf *Fidel Castro* hören. H.S.



Demonstrative Bekenntnisse im Parlament sind kein Privileg verfassungsfeindlicher Abgeordneter. In der 2. Kammer des spanischen Parlaments hat der Senator David Muñoz vom oppositionellen Partido Popular seinen Sitzplatz mit der spanischen Flagge, der Krone und einem Portraitphoto von König Felipe VI. geschmückt, bevor der [zweite stellvertretender Ministerpräsident Pablo Iglesias](#) seinen Einzug hielt, der in jüngster Zeit trotz Treueversprechens polemisch auf die monarchischen Institutionen und insbesondere die Person des Königs eindrosch.

## Premierministerin von Barbados möchte Republik

Die Premierministerin des Commonwealth-Mitglieds Barbados, *Mia Mottley*, möchte, daß Barbados im nächsten Jahr zum 55. Jahrestag der Unabhängigkeit eine Republik wird. Um die Verfassung zu ändern, ist eine 2/3-Mehrheit in Parlament und Senat notwendig, jedoch verfügt ihre Partei aufgrund des First-Past-the-Post über diese. Die Regierungspartei siegte 2018 bei den Wahlen in den 16 Wahlkreisen des kleinen Landes, was die Opposition ohne jeglichen Sitz im Parlament beließ. Jedoch sprach sich vor den Wahlen auch die damalige Regierung und jetzige Opposition für die Republik aus. Begründet wird dies mit dem Wunsch nach einer Abkehr von der kolonialen Vergangenheit des Landes. So soll künftig ein Bewohner der Insel und nicht *Elisabeth II.* oder ein anderer englischer König Staatschef sein. Militanter Antikolonialismus mag gerade en vogue sein, jedoch zeigt die Geschichte eher, daß diejenigen Länder, die zu ihrer kolonialen Vergangenheit ein entspannteres Verhältnis haben, besser fahren, da es in diesen Ländern nicht so problematisch ist, positive Dinge der Kolonialzeit in Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft beizubehalten, beziehungsweise nicht einfach nur etwas nicht zu tun, weil es die Kolonialherren getan haben. Ursprünglich war von den Republikanern ein Referendum geplant gewesen, jedoch gab es Bedenken ob der Verfassungskonformität eines solchen. In denjenigen Commonwealth-Inselkönigreichen, wo ein Referendum durchgeführt wurde – [Tuvalu](#) und [St Vincent und die Grenadinen](#) – sprach sich das Volk im übrigen auch für den Beibehalt der Monarchie aus. Da wollte man vielleicht auch einfach

auf Nummer sicher gehen.

Barbados machte ansonsten von sich reden, weil die Staatsverschuldung bei 175 % des Bruttoinlandsproduktes liegt, das Land damit weltweit der am vierthöchsten verschuldete Staat ist und der Internationale Währungsfonds eingeschaltet werden mußte. Obwohl Premierministerin *Mottley* gegen die Monarchie ist, wurde ihr Vater *Elliott* auf Vorschlag ihrer Regierung zum Ritter geschlagen – das wollte man dann wohl noch einmal schnell mitnehmen. Sollte nicht noch etwas total Unvorhergesehenes passieren, ist die Monarchie in Barbados damit im nächsten Jahr passé. Wie *Anatole France* sagte: „Für jede gestürzte Monarchie wird der Himmel weniger strahlend, weil er einen Stern verliert. Eine Republik ist freigesetzte Häßlichkeit.“ L.R.



Triumphzug der Königin durch Bridgetown und Begrüßung ihrer barbadian Premierministerin Mia Mottley.

## Emir von Kuwait gestorben

Der Emir von Kuwait, *Sabha IV. Al Ahmad Al Jaber Al Sabah*, ist am 29. September verstorben. Er wurde 91 Jahre alt. Ihm folgt sein Halbbruder *Nawaf*, der auch schon 83 Jahre alt ist. Der alte Emir bestimmte ihn zu seinem Nachfolger, obwohl die Wirtschaft sich einen reformorientierteren Kandidaten aus der königlichen Familie gewünscht hätte - da in den Monarchien des Mittleren Ostens die Viellehne möglich ist oder war, gibt es zahlreiche Mitglieder der königlichen Familie und damit viele Thronanwärter.



*Sabha IV.* war vor, während und nach dem gegen den Irak geführten Golfkrieg Außen-

minister des rund 4,5 Mio. Einwohner zählenden Landes, später Premierminister und von 2003 bis zu seinem Herrschaftsantritt 2006 auch Regent für den erkrankten *Jaber III.* Aufgrund seiner langjährigen außenpolitischen Erfahrung war er als Vermittler in der konfliktreichen Region geschätzt und setzte sich nach dem Ausbruch des Syrienkrieges sehr für syrische Flüchtlinge ein. Innenpolitisch kam es unter seiner Herrschaft zu einer Verbesserung der Situation der Frauen, die jetzt nicht nur wählen und gewählt werden, sondern auch eher am Arbeitsleben teilnehmen, als Frauen in anderen Ländern der arabischen Welt. Auch die religiöse Toleranz ist eher gegeben, als in den Nachbarstaaten, auch wenn es da, bei den Rechten der zahlreichen Gastarbeiter und bei den Frauenrechten trotzdem sicher noch einiges zu tun gäbe.

Der neue Emir *Nawaf al-Ahmad al-Sabah* war lange Jahre Innen- und Verteidigungsminister, verfügt also auch genügend Erfahrung im Staatsapparat. Zum neuen Kronprinzen wurde am Freitag sein Halbbruder *Sheikh Mishaal Al Ahmed Al Sabah* bestimmt. L.R.

### Sir Roger Scruton:

Die konstitutionelle Monarchie ist das Licht über der Politik, das aus einer ruhigeren und erhabeneren Sphäre auf das menschliche Treiben scheint

### Tage:

- 11. Oktober 1960: Prinz François von Frankreich, Herzog von Orléans, fällt im Alter von 25 Jahren in Algerien
- 12. Oktober 1810: Anlässlich der Hochzeit des bayerischen Kronprinzen Ludwig mit Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen findet auf der nach der Prinzessin benannten Festwiese in München das erste Oktoberfest statt, das in diesem Jahr seuchenbedingt ausfällt.
- 25. Oktober 1930: Der bulgarische Zar Boris III. heiratet die italienische Königstochter Giovanna von Savoyen.

### Impressum:

**Herausgeber:** V.i.S.d.P. Lukas Rottnick, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com)

**Autorenverantwortung:** Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich. ©Krone:David Liuzzo

**Erscheinungsweise:** Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

**Bezugsweise:** Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen aller Corona-Ausgaben: <https://coronanachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

**Copyright:** Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com); Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. Oktober 2020